

DL21

#leftlessons

#LeftLesson Staffel III Folge 1 – Nachbereitung **Geschlechtergerechtigkeit – Eine Einführung**

mit Prof.'in Uta Meier-Gräwe

Die Referentin führt aus: Nach der Wiedervereinigung war gab es viele Enquete-Kommissionen, die sich mit der Frage befassten, was nun die Herausforderungen in der Frauen- und Familienpolitik seien. In einer der Empfehlungen hieß es, die ostdeutschen Mütter sollten lernen, ihre „überzogene Erwerbsneigung“ zurückzunehmen. Dies war ein in Westdeutschland vorherrschendes Bild und nicht ein Spezifikum konservativer Bundesländer. Man war im Westen wie selbstverständlich weit entfernt von einer flächendeckenden Kita-Versorgung.

An staatlichen Universitäten wurde das Fach „Haushaltswissenschaften“, z.B. in Gießen, gelehrt. Darunter wurde landläufig eine Wissenschaft für unbezahlte Arbeit verstanden. Man meinte, dort noch in den 1990er Jahren, die Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter vorzubereiten. Man hatte die wenig verholten geäußerte Erwartung, dass dort die Frauen ausgebildet würden, die später an benachbarten Fakultäten „ihre“ Männer fänden – vice versa.

Für eine Wissenschaftlerin aus der DDR, wie Frau Prof. Meier-Gräwe, war es hingegen selbstverständlich, die Erwerbsarbeit auch aus Frauenperspektive im Blick zu haben. Mit ostdeutschem Hintergrund, der von ganz anderer Sozialeinrichtungen ausging, war damals neu zu lernen, dass alltägliche Bedeutung und das Volumen der Care-Arbeit nicht zu unterschätzen sind.

Seither gab es im wissenschaftlichen Bereich eine Annäherung, die allerdings nicht vollends ins politische und gesellschaftliche Leben hineinwirkt.

Am Beginn der Pandemie konnte man hoffen, dass die Berufe sorgfältig in den Blick genommen würden, die – wie Frau Merkel sagte – „den Laden am Laufen halten“. Bei allem Klatschen auf dem Balkon sei schwer vorstellbar gewesen, dass keine 12 Monate später die



DL21

#leftlessons

kirchlichen Träger den Vorschlag des Arbeitsministeriums für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag ablehnen würden und damit durchkämen.

Das zeigt aber, wie verkrustet die Strukturen in unserer Gesellschaft sind. Das ist nicht zuletzt eine Folge des Neoliberalismus, der einen Roll-Back zu alten Rollenmodellen und Prekarisierung von Care-Arbeit durchgesetzt hat, gerade, als die hochindustrialisierten, westlichen Gesellschaften auf dem Weg waren, sich daraus zu befreien. So sind mit der Schaffung eines Niedriglohnssektors besonders in Deutschland, Jobs entstanden, die weitgehend unreguliert und ohne starke gewerkschaftliche Organisation stattfinden. Es sind die Jobs von älteren Menschen und vor allem: von Frauen. Sie sind mit Beginn der Pandemie als erstes weggefallen, während in den tariflich regulierten Bereichen Kurzarbeit oder andere Modelle den ökonomischen Schockeffekt der Pandemie teilweise auffangen konnten.

Es ist deshalb mit einer „entsetzlichen Retraditionalisierung“ (Jutta Allmendinger) in Folge der Pandemie zu rechnen, denn das Verhältnis von Beruf und Familie hat sich während der Pandemie signifikant verschlechtert. Es sind vor allem die Frauen, die sich um die Kinder kümmern, während die Männer die ökonomischen Verhältnisse im Blick behalten. Es sind die Frauen, die die meisten Stunden Erwerbsarbeit reduzieren. Es sind die Frauen, die verstärkt Zuhause arbeiten und/oder Kinder betreuen und dabei auch mit zunehmender Gewalt in den Familien und psychischen sowie anderen gesundheitlichen Belastungen zu kämpfen haben. Die Rolle der Frau modernisiert sich scheinbar: von den drei Ks zu drei Hs: Von Kirche – Küche – Kinder zu Homeoffice – Homeschooling – Haushalt.

Zugleich sind aber auch die Menschen in der Arbeit – wiederum mehrheitlich Frauen – besonders mit der Pandemie und ihren Auswirkungen konfrontiert: z. T. mit erheblichen gesundheitlichen Risiken (auch für ihre Familien) gehen sie den Care-Berufen nach – bei dauernd wachsender Arbeitsbelastung.

Ein Vergleich mit Schweden zeigt daher, dass in Deutschland die Geschlechterungleichheit in der Pandemie erheblich zugenommen hat. In Schweden sind schon seit Jahren Instrumente wie Genderbudgeting und Gendermonitoring eingeführt, die dem offenbar erfolgreich entgegengewirkt haben.¹

¹ Hierzu die aktuellen Forderungen des DGB abrufbar unter: <https://frauen.dgb.de/themen/+co++4bfe209c-f684-11ea-b36c-001a4a160123> (25. Mai 2021)



DL21

#leftlessons

Das ist wichtig, weil jetzt die Frage zu stellen ist: Was müssen und was können wir strukturell, als Gesellschaft aus dieser Krise lernen?

Zunächst: Unbedingt müssen die Minijobs in Richtung der Ermöglichung gleichwertiger und sozialversicherungspflichtiger Bezahlung überwunden werden. Sie sind eine Armut-Falle – nicht nur, aber besonders für Frauen.

Zweitens sollte man reflektieren, dass sich seit den 1970er Jahren das Bildungspotential von Frauen – besonders im Westen – erheblich verbessert hat. Der Anteil von Frauen, die über ein Abi oder eine Fachhochschulreife verfügen, ist mittlerweile höher als der Anteil der gleichaltrigen Männer. In höheren Qualifikationsstufen überwiegt aber immer noch und hartnäckig der Männeranteil.

Das belegt, dass „Aufstieg“ in den individuellen Erwerbsbiographien nicht – wie gerne behauptet – vom Bildungsgrad abhängt, sondern mögliche Laufbahnen von Frauen in der Regel durch die Sorge für Kinder u.a. unterbrochen werden. So werden Frauen in der deutschen Gesellschaft weiterhin besonders oft abgehängt. Das ist persönlich ungerecht und gesellschaftlich eine große Verschwendung an Kreativität, Solidarität und menschlichen Ressourcen.

Wenn man näher an das Problem rangeht, sieht man: Der Gender-Care-Gap² ist nicht nur ohnehin groß, sondern in bestimmten Lebensphasen haben Frauen mit Kindern eine 40-Stunden-Woche an unbezahlter Arbeit. Wenn so viel Arbeit anfällt und auf den Frauen zusätzlich aufgebürdet wird, können sie einfach nicht ihre Potentiale entfalten.

Drittens: Bei der Debatte um die „sozial-ökologische Transformation“ geht es meist um Dekarbonisierung und Regionalisierung. Aber man muss noch grundsätzlicher an diese neue Phase der Entwicklung gehen. Unsere Gesellschaft wird auf Dauer keine Industriegesellschaft, sondern eine wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft sein, wenn man sich anguckt, wo die menschliche Arbeit das größte Volumen hat. Deshalb sind die zu beantwortenden Fragen, welche Dienstleistungen wir eigentlich brauchen, welche Berufe neu entstehen werden und was wir wollen.

² Wesentliche Daten des Gleichstellungsberichts der Bundesregierung hierzu zusammengefasst unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294>

DL21

#leftlessons

Schon der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung weist aus, dass wir die stärkste Arbeitsplatz-Expansion – in allen Qualifikationsstufen – in den menschen-bezogenen Berufen, der Care-Arbeit zu gewärtigen haben. „Nach Corona“ werden diese Berufe, auch SAHGE-Berufe³ genannt, dominieren müssen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die Menschen dort nur als „Zuverdiener:innen“ mehr oder weniger prekär zu beschäftigen – mit Altersarmut, Kaufkraftminderung und allen anderen gesamtgesellschaftlichen Folgen. Außerdem: Die Menschen werden diese Arbeit unter diesen Bedingungen auch nicht mehr leisten. Das wäre besonders verkehrt, denn gerade diese Berufe sind sinnstiftend.

Auch von dem auch oft formulierten Wunsch, wie früher mit *einem* Gehalt *eine* Familie ernähren zu können, sollte man sich lösen. Unser progressives Ziel sollte sein, dass alle Menschen armutsfeste und am besten befriedigende Qualifikationswege und Erwerbsbiographien haben können. Die Tendenz sollte sich durchaus der marx'schen Forderung anschließen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der nicht durch die Arbeitsteilung in Klassenverhältnissen *„Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann“ hat, sondern „Jeder (...) sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“*^{4,5}

³ Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit/Pflege und Erziehung – kurz: SAHGE

⁴ Karl Marx und Friedrich Engels: *„Die deutsche Ideologie. MEW 3, S. 33, 1846/1932.*

⁵ Im Unterschied zu der oben zitierten Frühschrift präzisiert Karl Marx seine Vorstellung von der Arbeitsteilung in der Gesellschaft im „Kapital“ dahingehend, dass die Entwicklung der Produktivkräfte und zwar nicht von jeder mühseligen Arbeit freispricht, diese aber zugunsten umfassender persönlicher und gemeinschaftlicher Entfaltung zurückgedrängt werden kann. Dabei sind Produktion und soziale Reproduktion beide als Teil des „Reichs der Notwendigkeit“ zu verstehen: *„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muss, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muss es der Zivilisierte, und er muss es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse sich erweitern; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu*

DL21

#leftlessons

In heutigen Worten: Es geht um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich, gesellschaftlich organisierte und gerecht verteilte Care-Arbeit, allseitige Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, gesellschaftliches Engagement...

Die Nationalökonomie, die zu Beginn der Industrialisierung aus dem Boden gestampft wurde, hatte von Beginn an eine Dichotomie in der Zuschreibung einerseits der produktiven Industriearbeit an die Männer und andererseits der Hausarbeit an die Frauen, denen der private Bereich zugewiesen wurde. Mit dieser Entwicklung ist die Care-Arbeit völlig aus dem Blick der gesellschaftlichen „Entscheider“ geraten. Diese raum-zeitliche Trennung von öffentlicher Produktion und privater („eigenverantwortlicher“) sozialer Reproduktion zieht sich bis heute durch. Die daraus entstandenen Rollenbilder dominieren sogar wieder zunehmend die Werbung und Kulturindustrie und prägen die Alltagswelt kulturell – oft auch gegen das bereits entwickelte Teilbewusstsein jüngerer Menschen, auf die damit ein erheblicher Konformitätsdruck ausgeübt wird, dem sie in der Regel nur organisiert widerstehen können. Viele dieser Geschlechterrollen sind verinnerlicht und müssen in der Kritik immer wieder mitgedacht werden.

Das wichtigste ist aber, strukturell etwas zu verändern. Zu diesen Veränderungen gehört eben eine zeitlich ausreichende, kostenlose, qualitativ hochwertige und flächendeckende Kita-Betreuung. Da eine solche auch erfordert, dass sie arbeitsplatz- bzw. wohnort-nah erfolgt, wird an diesem Beispiel aber deutlich, dass Gleichstellungspolitik kein isolierbares Thema ist. In jeder Kommune mit höheren Boden- und Mietpreisen ist schon die Nähe der Kita schwer zu gewährleisten. Schuldenbremsen und ähnliche Mechanismen wirken dagegen, dass öffentliche Arbeitgeber – sofern sie noch Arbeitsplätze haben – betriebliche Kitas (in ausreichendem Umfang) haben usw.

Wenn es also um eine Gesellschaft geht, in der Menschen, egal ob Männer oder Frauen, vernünftig arbeiten und möglichst weitgehend ein demokratisch selbstbestimmtes Leben führen können, Kinder und Familie keine Armutfallen sind und die zunehmende Arbeit im „Care“-Bereich sorgfältig bedacht wird, ist dies alles bei der notwendigen Neukonzipierung

*werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer in Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.
Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung.“*

In: Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin 1988. S. 828.



DL21

#leftlessons

des Wirtschaftssystems zu berücksichtigen. Wir können uns nicht auf die alleinige Ökologie konzentrieren.

Ein Anfang könnte sein, die Forderung des Pflegerats nach einem Einstiegsgehalt von €4.000⁶ und einer Stärkung der Mitbestimmung aufzugreifen, um in den Care-Berufen zu einer Annäherung an die Entgelt-niveaus der schrumpfenden Automobilindustrie zu gelangen.⁷ Wenn zugleich die Vorschläge der IG Metall für eine 4-Tage-Woche ernstgenommen würden und der Strukturwandel der Dekarbonisierung unter diesen Maßgaben eingeleitet würde, könnte sich aus solchen Elementen ein wesentlich bessere Modell des Wirtschaftens und Lebens unserer Gesellschaft entwickeln lassen.

Es ist dafür nötig eine gesellschaftliche Diskussion um unser Verständnis von „Produktivität“ anzustoßen. Menschenzugewandte Arbeit ist – weil der Mensch die wichtigste Produktivkraft geworden ist und schlicht, weil wir alle ihrer bedürfen – viel wichtiger geworden als in den Leitbildern der 1950er Jahre, die die ökonomische Diskussion teilweise bis heute noch prägen. Nicht nur was donnert und raucht, wo körperlich schwer gearbeitet wird, ist produktive Tätigkeit. Sogar immer weniger. Doch viele Ökonomen betrachten Care-Arbeit weiterhin ausschließlich als „Kostenfaktor“. [Kostenkrankheit]

Der Kapitalismus ist mit einer vollständigen Geschlechtergerechtigkeit nicht kompatibel. Es gibt gerade jetzt, während der Pandemiekrise, eine massive Konzentration von Eigentum und Vermögen.

Man muss aber innerhalb dieses kapitalistischen Systems einige tiefgreifende Reformen erkämpfen. Zum Beispiel muss man diese hohe Konzentration von Macht durch Eigentum re-regulieren. Das erfordert aber zum Beispiel den Konflikt mit Private Equity Fonds, die selbst in der Corona-Krise einen großen Marktanteil im Bereich der bisher kommunal und von kirchlichen Trägern organisierten Pflege aufgekauft haben. Das ist ein schlechtes Zeichen, was die Qualität der Arbeit in Pflegearbeit und die Versorgung angeht, ist diese in

⁶ Ein Interview mit dem Vorsitzenden des Deutschen Pflegerats, Franz Wagner im Stern vom 12. Mai 2021: <https://www.stern.de/gesundheits/franz-wagner---pflegende-sind-ein-stueck-weit-erpressbar--30522512.html>

⁷ Vgl. hierzu auch folgendes Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden von VW in Kassel, Carsten Bätzdorf, in: „Elektro-SUVs lösen kein Problem“ Der Freitag 12/2021: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/elektro-suv-s-losen-kein-problem-1>

DL21

#leftlessons

privater Trägerschaft wegen des Profitdrucks schlechter. Das ist eine Entwicklung, die umgekehrt werden müsste.

Weil Care-Arbeit lange als unbezahlte Frauenarbeit galt, bis heute schlechter bezahlt ist als andere Arbeit. Sie muss als Arbeit und als gleichwertige Arbeit begriffen werden. Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, müssen am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben können, wenn sie in den Care-Berufen arbeiten. Nur so kommen wir gut durch das 21. Jahrhundert. Es gibt international und national gute wissenschaftliche Instrumente, mit denen man die Arbeit neu sinnvoll bewerten kann.⁸

Keine Perspektive für eine größere Gleichstellung bieten Modelle wie „Lohn für Hausarbeit“ oder das Bedingungslose Grundeinkommen. Sicherlich würde zur Befriedung sozialer Konflikte dies auch von konservativer oder auch neoliberaler Seite zugestanden. Jedoch müsste man davon ausgehen, dass sich die Ergebnisse eines solchen „Kompromisses“ knapp über dem Mindestlohn einpendeln würden. Aber damit werden die Frauen nur noch mehr aus dem „ersten Arbeitsmarkt“ hinausgedrängt, haben am öffentlichen gesellschaftlichen Leben an gemeinsamen Arbeitsplätzen auch nicht mehr teil. Damit würde ihnen also auch Teilhabe an Mitbestimmung „abgekauft“.

Wesentlich wichtiger wären Arbeitszeitverkürzungen auf 28 oder 30 Stunden und eine tendenzielle Vollbeschäftigung in weit überwiegend sozialversicherungspflichtigen Erwerbsverhältnissen durchzusetzen.

Die Parole für progressive Politik im Gleichstellungsbereich sollte daher lauten: „Frauen, interessiert Euch für Wirtschaft!“ Skandalisiert, dass die soziale und erweiterte Reproduktion (Erziehung, Bildung, Pflege) weiterhin vernachlässigt wird, obwohl sie immer stärker die Basis einer motivierten und gesunden Tätigkeit in der Gesellschaft ist. Es geht um eine ganzheitliche Sicht auf die Ökonomie.

⁸ Eine journalistische Darstellung der wissenschaftlichen Diskussion über eine solche Neubewertung der Entgelte für SAHGE-Berufe hat Teresa Brücker für die Süddeutsche Zeitung unternommen: <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/freie-radikale/freie-radikale-teresa-buecker-gehalt-pflegekraefte-89457>

DL21

#leftlessons

Es geht darum, die Art der Arbeit immer mehr und mehr vom Geschlecht abzulösen. Zu einem heutigen Erwachsenenendasein gehört auch, dass Männer auch Fürsorge-Erfahrung sammeln und Frauen in angeblich typischen Männerberufen arbeiten.⁹

Die sozial-ökonomische Basis zu durchdringen und zu verändern ist das wichtigste von allem. Das hat auch eine internationale Dimension: 24-Stunden-Indor-Pflege, mit der in Deutschland versucht wird, unsere Care-Krise auf Kosten von Frauen aus Osteuropa zu lösen. Das ist eine koloniale Attitüde, weil hiesigen Akteuren letztlich gleichgültig ist, dass diese Arbeitskräfte in den Herkunftsgesellschaften fehlen, unsere Gesellschaft ihnen die Qualifikation und Arbeitskraft entzieht. Folglich ist auch um ein soziales Europa zu kämpfen, eines, dass auf der Seite der Arbeit geeint ist und nicht (nur) für das Kapital.

Ein ermutigendes Zeichen ist, wie in den USA – dem Hauptland des Neoliberalismus – viele Aktivist:innen, auch Ökonominen, sich dafür stark machen, dass der Staat eine viel stärkere, lenkende und Teilhabe organisierende Rolle wahrnimmt. Sie folgen dabei den Leitlinien: Öffentliche Regulierung (Dekommodifizierung), Dekarbonisierung und Demokratisierung.

⁹ Interview mit der Feinmechanikerin Petra Zahradka (Jena Optik, IG Metall): „Der Frauenstreik tut uns gut“; in: Der Freitag 09/2021. Darin heißt es:

„Ist es schwierig, Frauenthemen bei der IG Metall unterzubringen?“

-- Ja. Aber auch für die Frauen ist es schwierig. Sie leben in einer Blase aus Arbeit und Familie, politisch interessieren sie sich für wenig, nicht mal für ihre eigenen tariflichen Kämpfe. Wir Frauen sind nach der Wende in eine Rolle reingedrückt worden, in der wir uns nur noch um die Familie kümmern sollten. Die Frauen haben in der DDR ganz normal auch in der Industrie gearbeitet, so wie ich. Auf einmal sollten wir nur noch Hausfrau und Mutter sein, wenn arbeiten, dann nur Teilzeit und in den technischen Berufen überhaupt nicht mehr. Es gibt jetzt männlich dominierte Berufe, das gab es in der DDR kaum. Kranführerin, Stahlarbeiterin – wir haben damals auch industriell gearbeitet. Jetzt arbeiten die Frauen als Kindergärtnerin, Sachbearbeiterin oder studieren. Ich bin noch immer die einzige Frau in der Fertigung und musste mir die Anerkennung hart erarbeiten. Die BRD hat auch schnell Spuren bei den männlichen Kollegen hinterlassen. Ich muss immer beweisen, was ich kann. Beim Lohn ist es das Gleiche: Meine männlichen Kollegen bekommen mehr, wenn sie fragen. Ich bekomme gesagt: Wieso sollen wir dir mehr Geld geben, du machst es doch auch so. Da müssen wir Frauen uns aber auch ändern. Wir müssen erst wieder kämpfen lernen.“



DL21

#leftlessons

Politische Repräsentanz

Was die politische Repräsentanz von Frauen betrifft: sie müsste besser sein. In den Parteien, Parlamenten, Gewerkschaften, der Wissenschaft und überall, wo Entscheidungen getroffen oder zumindest beeinflusst werden. Ein Paritätsgesetz kann dabei helfen.

Entscheidend ist, dass Frauen, wegen der historisch gewachsenen und kulturell angeeigneten Verantwortung für den gesamten Bereich der sozialen Reproduktion und großer Teile der Bildung als Anwältinnen der Menschen fungieren müssen, die in diesem Bereich des gesamtwirtschaftlichen Prozesses tätig sind – und damit auch als Anwältinnen aller Menschen, denn alle sind von der Qualität dieser Tätigkeiten abhängig, persönlich und als Gesellschaft.

Eine Studie von 2019 (Albright) ergab, dass von 160 börsennotierten deutschen Unternehmen 53 bis 2022 nicht anstreben würden, Frauen in ihren Vorstandsetagen zu dulden. Dies gilt tendenziell auch für Unternehmen, die auf unteren Ebenen Diversity-Konzepte schon völlig verinnerlicht haben. Welches Geschlecht ausgebeutet wird, scheint nicht so entscheidend zu sein, wie: wer bestimmt? Wer profitiert? Es ist nicht hinzunehmen. Aber nicht zuletzt durch Bundeskanzlerin Merkel ist erwiesen, dass Frau-sein nicht davor schützt, neoliberale Politik zu machen.

Es geht darum, Solidarität durch gemeinsame Kämpfe für mehr Gleichheit in der Gesellschaft zu verallgemeinern. Dafür müssen sich Frauen überall einmischen.